

Über den Mythos der Machbarkeit

Autor(en): **Tuchtfeldt, Egon**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **53 (1973-1974)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162871>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

*Eugen Böhler
gewidmet zu seinem
80. Geburtstag
am 27. November 1973*

EGON TUCHTFELDT

Über den Mythos der Machbarkeit

Von den grossen Entwürfen ...

Selten wurde so viel von «Politik» gesprochen, wurden so viele Lebensbereiche politisch «problematisiert» wie heute. Zugleich lässt sich aber – je länger, um so deutlicher – eine Entwicklung erkennen, die man als Krise, um nicht zu sagen Verfall des politischen Denkens bezeichnen kann. Sie manifestiert sich in der zunehmenden Kritik an den öffentlichen Institutionen, an der angeblich mangelnden Transparenz der Entscheidungsprozesse, am Eindringen wirtschaftlicher Interessen in die politische Willensbildung, im immer mehr zu hörenden Hinweis auf die «Sachzwänge», denen das politische Handeln unterworfen sei, und manchen anderen Argumenten. Rein äusserlich kommt diese Entwicklung in der Überproduktion an Gesetzen und anderen Normen sowie im Wachstum der bürokratischen Apparaturen zum Ausdruck. Bezeichnend ist daher auch der allmähliche Funktionswandel des Gesetzes von einer generellen Norm zur politischen Massnahme (womit auch die Gleichheit vor dem Gesetz, einer der obersten Grundwerte des Rechtsstaates, zunehmend aufgeweicht wird und differenzierenden Ermessensentscheidungen Platz macht, wie sie den Sozialstaat kennzeichnen).

Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich auf internationaler Ebene. Die grossen Entwürfe für die politische Neuordnung der Welt, die seit dem Anfang der vierziger Jahre für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg diskutiert und dann in Form völkerrechtlicher Verträge fixiert worden sind, haben die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Weder die United Nations noch ihre politischen Unterorganisationen haben den immer stärker um sich greifenden Zustand des «Weltbürgerkrieges» verhindern können; sie stehen ihm praktisch hilflos gegenüber. Der Internationale Währungsfonds hat sich als Fehlkonstruktion erwiesen; eine Krise des Weltwährungssystems folgt der anderen. Die Weltbank und ähnliche Einrich-

tungen zur Förderung der Entwicklungsländer schütten ihre Hilfe in ein Fass ohne Boden. Trotz der Bemühungen der Welternährungs- und der Weltgesundheitsorganisation berichten die Massenmedien Jahr für Jahr über Hungerkatastrophen, Seuchen und Bevölkerungsexplosionen in den Ländern der Dritten Welt.

Den Entwürfen der fünfziger Jahre für den westeuropäischen Raum erging es nicht viel anders. Die mächtigen Impulse, wie sie anfangs Churchill in Fortsetzung des in den zwanziger Jahren aktivierten paneuropäischen Gedankens ausgelöst hatte, und die vielversprechenden Ansätze, die von dem Dreigespann Schuman – Adenauer – De Gasperi für die europäische Einigung ausgegangen waren, wurden zwischen den Mühlsteinen diplomatisch-bürokratischen Kleinkrieges und alter nationalstaatlicher Interessen zerrieben. Die Begeisterung für ein geeintes Europa, von der die Jugend erfasst gewesen ist, hat sich verflüchtigt. Die statt dessen entstandenen Monsterbürokratien, die alles und jedes reglementieren (siehe EG-Agrarmarktordnungen), scheinen ihre Aufgabe in der Massenproduktion bedruckten Papiers zu sehen. Neue mitreissende Impulse und geistige Aufschwünge wird man von den «Eurokraten» kaum erwarten dürfen.

... zur Herrschaft der «Macher»

Für jeden aufmerksamen Beobachter stellt sich die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung. Willy Obrist hat kürzlich in den «Schweizer Monatsheften» darauf hingewiesen, dass die Struktur der bewussten Weltbilder bedingt ist durch «weitgehend unbewusste Weichenstellungen des Denkens»; er bezeichnet sie in der Nachfolge der von C. G. Jung inaugurierten Tiefenpsychologie als «Apperzeptionsschemata».

Eine dieser weitgehend unbewussten Weichenstellungen des Denkens, die zum besseren Verständnis der Krise des politischen Denkens wesentliche Einsichten zu liefern vermag, scheint uns der Mythos der Machbarkeit.

«Die Zukunft ist machbar», lautete ein Ausspruch des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme. «Alles ist machbar; es muss nur der richtige Macher kommen», sagte ein anderer zeitgenössischer Politiker. Während man früher vom «Staatsmann» sprach, dann vom «Politiker», schreiben die modernen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Lehrbuchautoren ungeniert vom «policy-maker» – ungeniert, weil es sich hier nicht nur um einen der üblichen Anglizismen in unserer Sprache handelt, sondern um den Ausdruck einer unbewussten Weichenstellung des Denkens, eben des Mythos der Machbarkeit.

Die Hybris des positivistisch-rationalistischen Weltbildes, wie sie sich in der «Philosophie der Machbarkeit» manifestiert, spiegelt tiefgreifende Wandlungen in der Auffassung von der historischen Wirklichkeit wider. Die vorfindliche Welt, wie sie allmählich geworden ist, wird in zunehmendem Masse überlagert durch eine rational konstruierte Welt – rational konstruiert auf der Basis von Prognosen und Planungen. Die Gläubigkeit der «Zukunftsbewältiger» an die Planung als Allheilmittel für alle Probleme (die dabei nur allzu oft erst das Ergebnis früherer Fehlplanungen sind) ist entwaffnend.

Geistesgeschichtliche Wurzeln des Machbarkeitsmythos

Weil es sich um unbewusste Weichenstellungen des Denkens handelt, sind auch alle jene guten Glaubens, die der Faszinationskraft der Machbarkeits-Philosophie erlegen sind. Sie meinen, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren, und bewegen sich doch nur im Kreise. Gewiss sind auch alle jene guten Glaubens, die nach den Fehlerquellen heutiger Politik suchen und von einer Vergrößerung des politischen Instrumentariums die Lösung der Probleme erwarten. Die Erfahrungen lehren aber gerade, dass sich mit mehr Eingriffsmöglichkeiten nicht notwendig auch mehr «machen» lässt, dass sich vielmehr die Grenzen des «Machbaren» um so eher zeigen, je mehr man «machen» will.

Grundlegende Einsichten in diese Zusammenhänge verdanken wir A. Müller-Armack, der in seinen religions- und kultursoziologischen Arbeiten der dreissiger und vierziger Jahre wesentliche geistige Bestimmungsfaktoren für die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft aufgedeckt hat. Wir verdanken ihm insbesondere den Nachweis, in wie starkem Masse säkularisierte Glaubensauffassungen das Industriezeitalter geprägt und wie sich auf kalvinistischem, lutherischem und katholischem Boden unterschiedliche Arten der Wirtschaftsgestaltung herausgebildet haben.

In den fünfziger und sechziger Jahren war es dann vor allem F. A. von Hayek, der die sozialphilosophischen Grundlagen einer freiheitlichen Ordnung unter immer neuen Aspekten scharfsinnig analysiert hat. Sein 1960 erschienenes Hauptwerk «The Constitution of Liberty», das 1971 auch in deutscher Übersetzung herausgekommen ist, gewinnt eine stetig zunehmende Resonanz. Möglicherweise werden einmal spätere Generationen in Hayeks «Verfassung der Freiheit» das bedeutendste sozialphilosophische Werk des 20. Jahrhunderts sehen. Möglicherweise wird es auch eine Renaissance des ordnungspolitischen Denkens einleiten, das gerade unter der Ägide des Machbarkeitsmythos einem überall spürbaren Verfall ausgesetzt ist. Denn

die «Macher» können verständlicherweise mit «Grundsätzen» und «Prinzipien» gesellschaftlicher Gestaltung nicht viel anfangen. Sie empfinden das «Denken in Ordnungen» (W. Eucken) vielmehr als lästige Beschränkung ihrer «aufgeklärten» Reissbrettkonstruktionen.

Dank der Untersuchungen von A. Müller-Armack und F. A. von Hayek sind wir heute in der Lage, die geistigen Wurzeln dessen zu erkennen, was das politische Malaise unserer Gegenwart ausmacht. Diese Wurzeln reichen – wenn wir uns auf die Neuzeit beschränken – bis in das 17. Jahrhundert zurück und waren im 18. Jahrhundert bereits voll entwickelt. Ihr Stammvater war vor allem Descartes, der die Ansicht vertrat, dass der Mensch alle seine Institutionen und Handlungen vernünftig, in klarer Erkenntnis ihrer Haupt- und Nebenwirkungen, geplant habe und deshalb auch beliebig ändern könne. Dieser kartesianische Ansatz hat sich dann in der französischen Aufklärung gegenüber der englischen Sozialphilosophie (D. Hume, B. Mandeville, A. Ferguson, A. Smith und andere) weitgehend durchsetzen und die Entwicklung des politischen Denkens in die französische rationalistisch-konstruktivistische Richtung drängen können. Das empirisch und evolutionär orientierte Denken der englischen Tradition war dem der menschlichen Eitelkeit entgegenkommenden Glauben an die Vernunft und die Planbarkeit der Entwicklung unterlegen. So führt von Rousseaus Gesellschaftsvertrag über den Positivismus und den Sozialismus ein gerader Weg zum Machbarkeitsdenken unserer Zeit und zu den ebenfalls auf die französische Aufklärungstradition zurückgehenden Vorstellungen von einer «Fundamentaldemokratisierung» der Gesellschaft (K. Mannheim, R. F. Behrendt). Erst kürzlich hat H. Schelsky darauf hingewiesen, dass «mehr Demokratie» nicht zu «mehr Freiheit» führt, sondern zu mehr Konflikten, mehr Bürokratie, mehr Ideologisierung und Politisierung und letztlich zu weniger Rationalität.

Dass der grundlegende Unterschied zwischen der englischen und der französischen Wurzel des modernen politischen Denkens heute kaum mehr gesehen wird und beide trotz ihrer verschiedenen Ansätze und Folgerungen «in einen Topf geworfen» werden, hängt nicht nur mit der größeren Faszinationskraft des konstruktivistischen Rationalismus zusammen, sondern auch mit dem Umstand, dass in Frankreich Montesquieu, B. Constant und A. de Tocqueville sowie einige andere der empirisch-evolutionären kritischen Tradition zuzurechnen sind, während in England Th. Hobbes, J. Bentham und eine ganze Schar kleinerer Geister dem französischen Rationalismus zuneigten. Nach den subtilen Quellenanalysen, wie sie F. A. von Hayek durchgeführt hat, kann die fundamentale Verschiedenheit der beiden Arten des Rationalismus nicht mehr übersehen werden. Sie darf es auch nicht mehr, wenn man an die Konsequenzen denkt, die aus

diesen unterschiedlichen Traditionen der europäischen Geistesgeschichte entstanden sind.

Folgen des Machbarkeitsmythos

Der Glaube an die «Machbarkeit» verengt den Blick für die Realität. Empirische Befunde sind unbequem für rationalistische Reissbrettkonstrukteure, die das Bild eines «neuen Menschen» und einer «neuen Gesellschaft» vor Augen haben. Wer an die «Machbarkeit» glaubt, verdrängt daher die Gegenargumente oder interpretiert sie um zu Bestätigungen seiner eigenen Auffassung. Die «Macher», mögen sie auch noch so «rational» sich gebärden, können aufgrund ihres spezifischen Apperzeptionsschemas die Wirklichkeit nur selektiv wahrnehmen. Sie unterscheiden sich darin nicht von anderen Gläubigen aller Schattierungen. Ihnen fehlt daher auch die Bescheidenheit, das Wissen um die Unzulänglichkeit allen menschlichen Strebens. In ihrer Hybris meinen sie, den Zeitgeist selbst zu verkörpern. Doch wie liess schon Goethe seinen Faust zu Wagner sprechen? «Was ihr den Geist der Zeiten heisst, Das ist im Grund der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.» E. Böhlers grossangelegtes Alterswerk über die «Psychologie des Zeitgeistes», das gerade den Zeitgeist als «lebendigen Mythos» und als «organisierende Macht der Geschichte» analysiert, sollte daher allen Prognosegläubigen und Zukunftsplanern als Pflichtlektüre verschrieben werden. Vielleicht würden einige von ihnen begreifen, warum die Zweifel an der «Machbarkeit» zunehmen, warum sich Skepsis gegenüber der «planenden Vernunft» (F. H. Tenbruck) mehr und mehr zu regen beginnt. Skizzieren wir darum kurz einige der wichtigsten Folgen des Machbarkeitsmythos, an denen Zweifel und Skepsis sich entzünden, ob man wirklich auf dem richtigen Wege sich befindet.

In der Eigenart des konstruktivistischen Rationalismus liegt zunächst einmal die Verdrängung empirisch-historischer Erfahrungen. Nicht von ungefähr erfreut sich das Wort von der «rationalen Politik» so grosser Beliebtheit. Wird damit doch gleichzeitig der Anspruch erhoben, heutige Politik sei «rationaler» als frühere. Wie sieht aber diese «rationale Politik» in der Wirklichkeit aus? Überall lässt sich ein hektisches Hin und Her von Massnahmen feststellen. Immer neue Kurskorrekturen sind erforderlich, weil Politik in der Praxis eben kein blosses Optimierungsproblem darstellt und es ihrem Wesen nach auch nicht sein kann (H. Lübbe).

Die Enthistorisierung des allgemeinen Denkens, manifestiert in der rasch um sich greifenden Abkehr von der Geschichte und damit eben den histori-

schen Erfahrungen, hat einen gravierenden Mangel an echtem Situationsverständnis zur Folge. Auf das Paradoxon, warum in einer Zeit, in der die Zukunftsforschung eine schon beinahe überbordende Hochkonjunktur erlebt, gerade die Unsicherheit gegenüber der zukünftigen Entwicklung so stark anwächst, haben die «Macher» noch keine Antwort gegeben. Das Misstrauen gegen die futurologischen «Zukunftsbewältiger» spiegelt nur das Empfinden dafür wider, dass in der politischen Praxis der Mangel an Voraussicht selten so gross gewesen ist wie heute.

Die oft geforderten demokratischen «Grundsatzentscheide» für die künftige Politik, in deren Rahmen die Planer sich dann frei entfalten können, beruht schliesslich auf einem falschen Bild vom Menschen und seiner Bedürfnisse. Setzt diese Forderung doch voraus, dass man es praktisch mit stationären Präferenzstrukturen zu tun hat. Modell und Wirklichkeit werden hier verwechselt. «Soweit deshalb in geschichtlichen Abläufen Lebensumstände mehr oder weniger absichtsvoll geschaffen wurden, darf man darin nicht die sukzessive Verwirklichung von anfangs bereits gegebenen Bedürfnissen sehen, mit deren fortschreitender Erfüllung die subjektive Glücksbilanz von Generation zu Generation verbessert wird. Vielmehr verblassen erreichte Ziele zu selbstverständlichen Hintergrunderfüllungen, und das um so schneller, je voraussehbarer sie durch Planung werden. Messbare objektive Fortschritte (im Sinne irgendwelcher Ziele) setzen sich nur teilweise und vorübergehend in subjektives Glück um, und mit der Erledigung alter Ziele bilden sich neue, die nun als ebenso dringend empfunden werden wie früher die alten. So darf angenommen werden, dass auch die in der normativen Planung anvisierten Lösungen für eine auf die Bedürfnisse und das Glück des Menschen zugeschnittene Gesellschaft bei ihrer Verwirklichung als unbefriedigend empfunden werden würden» (F. H. Tenbruck).

Machbarkeit oder Gestaltbarkeit?

Welche Folgerungen lassen sich nun aus den vorstehenden Ausführungen ziehen? Zwei Grundpositionen sind dabei erkennbar.

Die «Macher» selbst sind für ihren eigenen Mythos blind, weil es ihr «lebendiger Mythos» ist (E. Böhler). Die «Macher» sehen denn auch die Ursachen der von ihnen verschuldeten Probleme (= unbeabsichtigte und unerwünschte Nebenwirkungen) nicht etwa darin, dass sie zu viel, sondern gerade darin, dass sie zu wenig «machen», und dass sie es nicht gut genug «machen». Sie wollen daher mehr «machen» und es besser «machen». So ertönt denn überall der Ruf nach mehr und besserer Prognostik, nach mehr und besserer Planung. Diese Antwort wäre zweifellos richtig, wenn

das dahinter stehende Konzept, eben der konstruktivistische Rationalismus, dem Wesen menschlicher Ordnung gemäss wäre. Verneint man dies, dann geht die Antwort der «Macher» am Kern der Problematik vorbei.

Gewiss lassen sich in der Politik noch mehr Prognosen verwenden. Doch wird es nicht gelingen, die Prognosequalität so nachhaltig zu verbessern, wie es erforderlich wäre, um darauf eine «bessere» Politik zu gründen. Wie alle Erfahrungen zeigen, ist die Berechenbarkeit der Zukunft noch stets überschätzt worden. Bei komplexen, offenen Systemen wie der menschlichen Gesellschaft lassen sich nur allgemeine Voraussagen machen, nicht aber Prognosen über das künftige Verhalten der Systemelemente.

Ebenso werden heute überall Planungsgremien geschaffen in der Hoffnung, dadurch die Entwicklung besser «in den Griff zu bekommen» und die unerwünschten Nebenwirkungen zu verringern oder auszuschalten. Das Schwergewicht wird dabei mehr und mehr auf die Koordination der zahlreichen Pläne gelegt. Horizontale und vertikale Koordination aller Teilpläne zu einem Gesamtplan, kurzum «integrierte Planung», soll die bisherigen Mängel beseitigen. Die Erfahrungen in Frankreich wie auch in vielen Entwicklungsländern, in denen solche «integrierte Planung» ansatzweise schon praktiziert wird, lassen eher vermuten, dass mehr Planung auch mehr Probleme mit sich bringen wird.

Bei den Kritikern liegt wiederum die Gefahr nahe, das Kind mit dem Bade auszuschütten. An die Stelle von Prognosegläubigkeit und Planungseuphorie tritt dann eine totale Skepsis, die dem Wesen des Politischen ebensowenig gerecht wird wie das konstruktivistische Denken. Prognostik und Planung sind jedoch keineswegs abzulehnen. Sie werden erst problematisch, wenn sie aus unentbehrlichen Hilfsmitteln der Politik zu Glaubensfragen, also mythisch überhöht werden. Das Machbarkeitsdenken, die Selbstgerechtigkeit der «Macher» mit allen ihren geistesgeschichtlichen Wurzeln und psychischen Bedingtheiten, gehören zur «Pathologie des Intellektuellen» (J. Barzun). A. Comtes oft zitierter Satz «Savoir pour prévoir, prévoir pour pouvoir» fixiert einen programmatischen Anspruch, der wegen seines rationalistisch-konstruktivistischen Kerns unerfüllbar bleiben muss.

Politik will und muss handeln (wobei auch das Nichthandeln gegebenenfalls politisch relevant sein kann, was oft übersehen wird). Aber es stellt einen grundsätzlichen Unterschied dar, ob sich Politik als «machen» oder als «gestalten» versteht. Wir haben es hier keineswegs mit einer blossen Änderung der Bezeichnung zu tun. Denn «gestalten» besitzt eine andere Qualität als «machen».

Gestaltung im hier verstandenen Sinne eines empirischen Rationalismus bedeutet behutsame Formung des Vorhandenen, wie es aus den historischen Kräften gewachsen ist. Politik als «Daseinsgestaltung» unterscheidet

sich daher schon im Anspruch notwendigerweise von der Hybris des konstruktivistischen Rationalismus. «Die Einbildung, dass wir so ungeheuer viel über die Welt wissen, ist das Falsche... Wir wissen nichts, darum müssen wir bescheiden sein», schreibt K. R. Popper. Und an einer anderen Stelle sagt der gleiche Autor: «Wir wissen nichts, wir suchen nur.» Daseinsgestaltung lässt sich daher auch als Suchprozess auffassen, aus dem sich auf dem Wege von «trial and error» allmählich bessere Regeln für das menschliche Zusammenleben herausbilden können. So schliesst denn auch E. Böhler seine «Psychologie des Zeitgeistes», die dem Machbarkeitsmythos besondere Aufmerksamkeit widmet, mit den Worten: «Die sterilen und unvollendbaren Ideologien werden zurückgedrängt durch die Arbeit an konkreten Reformen, die auf der Einsicht in die verfügbaren Mittel, auf Selbstkritik und Selbstverantwortlichkeit beruhen. Dann wird der Humanismus ... zu einem positiven und aktiven Symbol, das nicht bloss leeren Wandel bringt, sondern die Struktur der Wirklichkeit verändert.»

EBERHARD REINHARDT

Betrachtungen zur schweizerischen Zinspolitik

In Zeiten, da es die Konjunktur zu dämpfen und die Inflation abzuwehren gilt, lebt in der Schweiz jeweils die Diskussion um den Zins auf. Laut erschallt regelmässig der Ruf nach einer streng restriktiven Geldmengenspolitik mit entsprechend starker zinstreibender Wirkung. Und ebenso regelmässig geben Politik und Praxis diesem Postulat nur zögernd nach. Grundet diese eigenartige Lage auf Missverständnissen zwischen Lehre und Praxis, spielen hier Fehlurteile eine Rolle, oder handelt es sich um den Ausdruck jener Interessenkonflikte, welche die Teuerungskämpfung politisch so sehr erschweren – alles Fragen, die sich immer wieder stellen und denen nachzugehen von einigem Interesse sein dürfte.

Funktion des Zinses

Will man das tun, so beginnt man am besten damit, sich kurz die Funktion des Zinses ins Gedächtnis zu rufen. Vereinfacht dargestellt, hat er aus